

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 12

Artikel: Politisches Engagement
Autor: Halle, Louis J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162889>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politisches Engagement

Unter diesem Titel stellt sich die Frage, ob in der gegenwärtigen Lage Studierende im besonderen und Intellektuelle im allgemeinen der Öffentlichkeit gegenüber die Pflicht haben, ihre traditionelle Ungebundenheit aufzugeben, um im politischen Konflikt eine aktive Rolle zu übernehmen.

In den dreissiger Jahren wurde denjenigen, die eher zum Nachdenken und Beobachten als zu aktivem Eingreifen neigten, von den damaligen militanten Intellektuellen gesagt, dass sie der Öffentlichkeit gegenüber die Pflicht hätten, den Kampf gegen den Faschismus zu unterstützen. Nach der Erfindung der Atombombe kamen die Physiker gemeinsam zur Ansicht, dass ihnen, nachdem sie dieses Monstrum erzeugt hätten, nun die moralische Pflicht zufiele, aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen, um sich mit den politischen Konsequenzen zu befassen. Und in der Gegenwart haben Vertreter der literarischen Welt wie Jean-Paul Sartre zum totalen politischen Engagement aufgerufen.

Wenn Menschen wie Sartre die Intellektuellen zum politischen Engagement auffordern wollen, so ist es ihnen voraussichtlich nicht gleichgültig, auf welcher Seite sie sich in einer Auseinandersetzung engagieren. Man kann sich kaum vorstellen, dass sie ein Engagement für die Wiedereinführung der Negersklaverei gutheissen würden. Es ist sicher selbstverständlich, dass sich die Intellektuellen in der Erfüllung ihrer Verpflichtung zum Engagement in irgendeiner Auseinandersetzung auf die Seite des Rechts und nicht auf die Seite des Unrechts stellen würden. Dies beruht jedoch wiederum auf zwei unausgesprochenen Voraussetzungen, nämlich erstens, dass es bei den grossen politischen Auseinandersetzungen um Recht gegen Unrecht geht, und zweitens, dass die Intellektuellen, von welchen ja angenommen wird, dass sie das fortschrittliche Denken repräsentieren, sagen können, was Gut und Böse beziehungsweise Recht und Unrecht ist. Ich bin der Ansicht, dass keine dieser Annahmen ungeprüft bleiben soll.

Wer ist politisch «gut», wer «böse»?

Die uns allen gemeinsame menschliche Tendenz, politische Auseinandersetzungen in Vorstellungen von Gut und Böse zu sehen, widerspiegelt meiner Meinung nach eher unsere Geisteshaltung als die eigentliche Wirklichkeit.

Von frühester Kindheit an hören wir die Geschichten von den guten und den bösen Völkern, so dass wir uns bei jeder politischen Auseinandersetzung automatisch fragen, welche Seite das Gute vertritt (das heisst, welches die Seite ist, wo sich die guten Menschen wie wir befinden) und welche Seite das Böse repräsentiert. Indem wir dieses einfache Muster moralischer Polarität auf eine Scheinrealität anwenden, befriedigen wir zwei in uns liegende psychologische Bedürfnisse. Das eine besteht darin, uns vor aller Welt mit dem Guten zu identifizieren, und das andere, uns die geistige Anstrengung zu ersparen, eine so komplizierte und vielschichtige Realität zu erfassen, um deren Verständnis sich selbst die besten und informiertesten Geister vergeblich bemühen. Mit diesem letzteren Bedürfnis ist auch der Trost verbunden, dass wir die Frustrationen, die das Leben mit sich bringt, dem Treiben böser Menschen zuschreiben können. Man müsste dann nur diese bösen Menschen loswerden, und alles würde sich zum Guten wenden. (Dies war die Grundlage des Hexenglaubens. Ebenso beruhten Völkermorde wie die durch Hitler unternommene Kampagne zur Vernichtung der Juden auf solchen Vorstellungen.)

Ich werde mich hier mit den praktischen Folgen der menschlichen Tendenz befassen, Auseinandersetzungen in einfachen polaren Vorstellungen zu erleben. Die Äusserungen dieser Tendenz sind jedoch in Art und Ausmass verschieden. In einer Atmosphäre der Mässigung ist es nicht nur möglich, sondern auch üblich, zwischen Gut und Böse auf eine Art und Weise zu unterscheiden, dass diese Unterscheidung nicht mit derjenigen zwischen Tugend und Verworfenheit gleichgesetzt werden kann. Man könnte zum Beispiel aus rein pragmatischen Gründen gegen die Erhöhung der Posttaxen sein. In diesem Fall würde man aber diejenigen, die anderer Ansicht sind, zwar als irgeleitet, nicht aber als böse ansehen. Wiederum könnte man aus rein ethischen Gründen gegen die Entwicklung neuer Waffen sein, trotzdem aber Verständnis für diejenigen haben, die diese Entwicklung befürworten, da sie zwar irgeleitet, nicht aber böse sind. In beiden Fällen würde man versuchen, seine Gegner davon zu überzeugen, dass sie sich irren, man würde aber exemplarische Strafen wie Gefängnis bei Brot und Wasser oder Hinrichtung durch ein Erschiessungskommando nicht für gerechtfertigt halten.

Das andere Extrem dieser gemässigten Haltung besteht darin, dass man solche Auseinandersetzungen einfach als Konfrontation zwischen Gut und Böse und die gegeneinander Kämpfenden als die Tugendhaften auf der einen Seite und die Verworfenen auf der andern Seite betrachtet. Man verfällt sozusagen der manichäischen Täuschung, welche die Welt als Kampffeld auffasst, auf welchem sich zwei Arten, Gott und den Satan verkörpernd, gegenseitig bekämpfen und um die Herrschaft ringen.

Obwohl wir im allgemeinen erkennen, dass «Gut und Böse» nicht unbedingt das gleiche ist wie «Recht und Unrecht», und obwohl diejenigen, welche mit dem sogenannten Bösen identifiziert werden, eher als fehlgeleitet denn als böse betrachtet werden, so sind wir doch alle versucht – besonders wenn politische Leidenschaften hochkommen –, moralische Positionen einzunehmen, von welchen aus wir die politische Szene als Kampfplatz zwischen Gut und Böse betrachten.

Mich interessieren wie gesagt die praktischen Folgen der verschiedenen Haltungen. Die Überzeugung, dass gleich ehrenhafte Menschen unterschiedliche Auffassungen haben können, oder dass jedermann sich irren kann, führt einen dazu, dass man es vorzieht, Differenzen durch Gespräche zu beheben, die unter Wahrung gegenseitiger Achtung und gemäss den Regeln der Fairness geführt werden. Dabei ist das Tolerieren der andern Meinung eine wesentliche Voraussetzung. Wo jedoch der menschliche Geist vom manichäischen Wahn befallen ist, besteht die Tendenz, Konflikte als unlösbar zu betrachten, es sei denn, es gelinge der totale Sieg über die Bösen und ihr endgültiges Verschwinden von der Erdoberfläche. (Die Lehre von der bedingungslosen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg beruhte auf der manichäischen Vorstellung, dass die Deutschen, Italiener und Japaner von Natur aus Aggressoren und wir und unsere Alliierten friedliebende Völker wären.) Unter diesen Umständen ist Tolerierung des Übels oder Sanftmut dem Bösen gegenüber keine Tugend. Auch der Kompromiss nicht: die Polizei verhandelt nicht mit den Räufern. Mit den Kohorten des Satans lässt sich nur durch absolute Intoleranz umgehen.

In der langen Geschichte der Zivilisation hatte die Intoleranz im Bündnis mit dem Manichäismus im allgemeinen die Vorherrschaft. In der westlichen Kultur des 17. Jahrhunderts verstärkte sich jedoch die Tendenz zur Toleranz als einer Tugend. Sie war bei uns am Anfang dieses Jahrhunderts im Aufkommen, als die Intoleranz und ihr Gegenstück, der Fanatismus, als Fehlhaltungen betrachtet wurden, die es zu überwinden galt. Heute aber stagniert die Toleranz. Das heisst allerdings nicht, dass diejenigen unter uns, welche sich in manichäischen Begriffen äussern, die Wörter «Intoleranz» oder «Fanatismus» auf ihre Banner schreiben. Das Wort, das sie auf ihre Banner schreiben, lautet «Engagement». Bin ich unfair?

Im wörtlichen Sinne kann man sich für eine Sache engagieren (zum Beispiel für die Erhöhung der Posttaxen), ohne jedoch sein Engagement in Ausdrücken der Intoleranz, die bis zum Fanatismus reichen, kundzutun. Auch hier kommt es auf das Mass an. Die meisten Wissenschaftler, die sich 1945 für eine Lösung des durch die Atombombe gestellten politischen Problems einsetzten, liessen sich nicht zu Feldzügen des Hasses und der

Gewalt hinreißen, welche den Extremfall des Fanatismus darstellen. Ich bin nicht einmal ganz sicher, ob Sartre, wenn ihm sein Programm gelänge, jene zur Guillotine führen würde, die er für die bösen Führer des bürgerlichen Establishments hält – obwohl ich allerdings gar nicht sicher bin, ob er es nicht doch täte. Vielleicht würden die Polemiker, welche in den letzten Jahren in der «New York Review of Books» gegen die Regierungsverantwortlichen eine solch heftige Sprache führten, doch vage Gewissensbisse verspüren, ehe sie den Präsidenten der Vereinigten Staaten ins Gefängnis steckten. Wenn ich also sage, dass «Engagement» der geläufige Euphemismus für Intoleranz ist, dann meine ich damit nur, dass das Engagement eben diese Tendenz hat, jedenfalls im Gebrauch, den die Militanten, die es zur Doktrin erhoben haben, davon machen.

Zum Beispiel: Kalter Krieg

Beim Hinweis auf das Aufkommen der Toleranz im 17. Jahrhundert und auf ihren scheinbaren Niedergang in unseren Tagen sprach ich in Begriffen der langfristigen geschichtlichen Entwicklung. Bei näherer Betrachtung können wir ein kurzfristiges An- und Abschwellen beobachten. Da die persönliche Erfahrung immer die eindrücklichste ist, gestatte ich mir, aufgrund einer solch persönlichen Erfahrung jene Ebbe und Flut der Intoleranz darzulegen.

Seit dem Jahre 1950 begann die amerikanische Gesellschaft von einer mit *McCarthyismus* bezeichneten Welle manichäischen Fanatismus überflutet zu werden. In der Mythologie des McCarthyismus gab es eine dämonische Art von Menschen, deren Mitglieder so verkleidet waren, dass sie wie gewöhnliche Menschen aussahen, die sich aber nur unter unsere Gesellschaft mischten, um deren Umsturz zu planen: Diese Spezies bestünde, so glaubten sie, aus Krypto-Kommunisten und stellte eine Verschwörung mit Hauptquartier in Moskau dar, welche bezweckt, unser bisheriges Menschengeschlecht auszurotten und ihr eigenes Reich auf der Erde zu errichten. In dieser Mythologie wurde der Kalte Krieg als unlösbarer Konflikt zwischen diesen zwei Arten von Menschen betrachtet. Bis 1964 war die Welle dieses Sonderfalles von Fanatismus längst wieder abgeebbt, aber die Gewohnheit hat sich erhalten, den Kalten Krieg als Kampf zwischen Engeln und Dämonen zu betrachten.

In jener Zeit begann ich eine Geschichte des Kalten Krieges zu schreiben, worin ich diesen nicht als einen Kampf zwischen zwei Arten darstellte, sondern als das Produkt eines tragischen Dilemmas zwischen gleich-

artigen menschlichen Wesen, die auf beiden Seiten in Handlungen verstrickt wurden, aus denen sie sich nicht wieder herauslösen konnten. Während ich diese Geschichte schrieb, erwartete ich, dass ich bei ihrer Veröffentlichung von den antikommunistischen Fanatikern wegen meiner angeblichen «Weichheit» den Kommunisten gegenüber angegriffen würde, da ich sie als menschliche Wesen wie wir betrachtete. Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Jahre 1967 waren die Spannungen des Kalten Krieges jedoch so stark zurückgegangen und die Reaktion auf den Fanatismus des Kalten Krieges so weit gediehen, dass der objektive Standpunkt, den das Buch repräsentierte, auf eine glückliche Art mit dem koinzidierte, was damals für die Meinungsführer eine akzeptable Ansicht war. Jene, welche immer noch dem Fanatismus der vorhergehenden Jahre verhaftet waren, schwiegen, und ich erinnere mich an gar keine Angriffe auf das Buch.

Zu jener Zeit betrat jedoch eine Generation die Szenerie der Erwachsenenwelt, welche zu jung war, um sich an die Ursprünge des Kalten Krieges zu erinnern. Das Schema des internationalen Konflikts, welches sich den Gemütern einprägte, war dasjenige des Vietnamkrieges, in welchem die Amerikaner die Rolle der bösen Buben spielten. Sie waren die Imperialisten, die versuchten, die Vietnamesen zu unterjochen, um ihr eigenes brutales Schwert über der Erde auszubreiten. Den Angehörigen dieser Generation, welche dieses neue manichäische Schema auf eine Vergangenheit projizierten, die sie nicht selbst miterlebt hatten, schien es plausibel, dass es die amerikanische Brutalität und der amerikanische Imperialismus waren, welche den Grundcharakter zumindest der amerikanischen führenden Schicht kennzeichnen, die den Kalten Krieg herbeigeführt hatten. Amerikanische Historiker, welche diesen neuen Manichäismus als die Umkehrung des alten verkörperten, erzählten nun, wie am Ende des Zweiten Weltkrieges die Truman-Administration, im Besitz der Atombombe und folglich in der Lage, die Russen einzuschüchtern, die Eroberung des osteuropäischen Marktes für das amerikanische Geschäft geplant hätten. Stalin, der sich nicht habe einschüchtern lassen, habe sich gegen die versuchte Eroberung Osteuropas zur Wehr gesetzt, und so sei der Kalte Krieg entstanden.

Der erwartete Angriff auf mein Buch durch die alte Generation von Manichäern blieb aus, und ich erinnere mich auch nicht an irgend einen besonderen Angriff von seiten der jungen Generation. Was mir in Erinnerung geblieben ist, spielte sich bei einer Begegnung in London ab, wo ich Gelegenheit hatte, über den Ursprung des Kalten Krieges zu diskutieren. Mehrere amerikanische Studenten, empört darüber, dass ich mich geweigert hatte, den Tadel in unmissverständlichen Ausdrücken nur auf einer Seite anzubringen, kamen zum Schluss, dass ich selbst zu den Verworfenen gehören müsste.

Da es zum Thema dieses Aufsatzes gehört, möchte ich sagen, dass in einem menschlichen Konflikt eine a priori erfolgte Identifikation der einen Seite als mit den nur guten und der anderen als mit den nur bösen Menschen durch die direkt erlebte Erfahrung kaum bestätigt wird. Jemandem, der den Ursprung und die frühe Phase des Kalten Krieges in Washington erlebt hat und in jener Zeit persönlich mindestens einige der Hauptakteure der amerikanischen Seite kannte, kommt die Vorstellung, dass sie den Markt Osteuropas erobern wollten, geradezu lächerlich vor. Auch dass eine solche Idee Staatssekretär Marshall, Dean Acheson oder George Kennan hätte in den Sinn kommen können, ist ebenfalls unvorstellbar. Der wahre Historiker muss die Akteure der Geschichte als menschliche Wesen beurteilen und darf sie nicht als monströse Abstraktionen einer auf der Mythologie des Manichäismus gründenden Ideologie darstellen.

Ich habe von dieser Erfahrung berichtet, weil sie die kurzfristige Ebbe und Flut des Fanatismus illustriert. Dieser Fanatismus hat mit der Intoleranz zu tun, welcher ich einen – wenn auch nur teilweisen – Bezug zur Doktrin des Engagements zuschreibe.

Wissenschaftler und Politik

Nachdem ich das Engagement mit der Intoleranz gleichgesetzt und auf die praktischen Auswirkungen der letzteren hingewiesen habe, möchte ich nun auf zwei unausgesprochene Bedingungen zu sprechen kommen, auf welchen die Doktrin des Engagements beruht, nämlich, dass die grossen politischen Auseinandersetzungen solche von Gut und Böse sind und dass die Intellektuellen über ein aufgeklärtes Wissen verfügen, das sie befähigt, das eine vom andern zu unterscheiden. Zuerst möchte ich die beiden Voraussetzungen anhand spezifischer Beispiele untersuchen.

Als erstes Beispiel nehme ich den Aufruf, den Kampf gegen den Faschismus der dreissiger Jahre aufzunehmen. In meiner Vorstellung gab es damals und gibt es heute keinen Zweifel, dass der Faschismus, besonders in der von Hitler verkörperten extremen Form, ein Übel war, das vernichtet werden musste, wenn die Errungenschaften der Kultur und die auf der Menschenwürde gründenden Hoffnungen überleben sollten. Dessenungeachtet fand ich mich im New York der dreissiger Jahre intellektuell isoliert, weil ich mich der Ansicht der Intellektuellen nicht anschliessen konnte (und zwar der überwiegenden Mehrheit von ihnen, der man eine rechte Gesinnung zuschrieb), dass die Opposition gegen den Faschismus gleichzeitig die Unterstützung des von Stalin repräsentierten Kommunismus beinhalte. In der manichäischen Vorstellungswelt bedeutete das Ja zum Kommunismus als

dem polaren Gegensatz zum Faschismus die Verkörperung höchster Tugend. Stalin war der Erlöser. Zusammen mit Abraham Lincoln war er einer der Befreier der Menschheit.

Aufgerufen, mich im Kampf gegen den Faschismus in die Reihen der Tugendhaften zu begeben, war meine Position: «Verflucht seid ihr beide!» Ich sagte, dass ich auf der Seite der freiheitlichen Demokratie wäre, die im Gegensatz sowohl zum Hitlerschen wie zum stalinistischen Totalitarismus stünde. Hierauf lautete die Antwort der intellektuellen Wortführer, dass mir in der polarisierten Welt keine Wahl mehr offen bleibe. Ich muss hinzufügen, dass in den New Yorker Intellektuellenkreisen jener Zeit die persönlichen Folgen einer Gegnerschaft gegen den Kommunismus Stalins (was in den Augen vieler gleichbedeutend mit Kryptofaschismus war) beinahe so schwerwiegende Folgen hatte wie für einen, der fünfunddreissig Jahre später auf einem amerikanischen Universitäts-Campus für den Vietnamkrieg eingetreten wäre.

Wenn die erste der beiden Annahmen, die ich mir zur Überprüfung vorgenommen habe, richtig ist, dass nämlich die grossen politischen Auseinandersetzungen, in welchen die Intellektuellen zur Stellungnahme aufgefordert werden, einfache Auseinandersetzungen zwischen Gut und Böse sind, dann wäre man sich heute darüber einig, dass die in den dreissiger Jahren durch die Intellektuellen erfolgte Festlegung der beiden Gegenpole irrtümlich war.

Nun möchte ich noch ein ganz andersartiges Beispiel anführen, nämlich dasjenige der Wissenschaftler, die nach der Erfindung der Atombombe zum Schluss kamen, sie wären nun verpflichtet, ihren wissenschaftlich geschulten Geist auf die Lösung der politischen Probleme anzuwenden, welche durch die Bombe entstanden waren. Sie waren schliesslich nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Bürger mit allen Rechten und Pflichten, die mit der Zugehörigkeit zu unseren freiheitlichen Demokratien verbunden sind.

Einige gingen jedoch noch weiter und begründeten ihre politische Mission damit, dass ihre Schulung in der wissenschaftlichen Methode den politischen Lösungen, welche sie anzubieten hatten, eine Autorität verleihe, die den Meinungen anderer nicht zukäme. So glaubten sie, über politische Probleme nicht einfach als Bürger, sondern im Namen der Wissenschaft sprechen zu können. Meiner Meinung nach war es ein besonders unter uns Amerikanern weitverbreiteter Irrtum, die Politik als berufliche Aktivität, welche eine besondere Schulung erfordert, gering einzuschätzen und anzunehmen, dass die Kunst des Regierens am besten von jenen praktiziert wird, welche einen anderen, höher geachteten Beruf erlernt haben. In den zwanziger Jahren wurde Herbert Hoover den Wählern als ein für die Präsidentschaft besonders geeigneter Kandidat vorgestellt, weil er ein grosser In-

genieur war. Für viele Amerikaner war es ein Glaubensartikel, dass ein erstklassiger Geschäftsmann, der weiss, was es bedeutet, den Lohnverpflichtungen regelmässig nachzukommen, damit auch gleichzeitig für die Regierungsgeschäfte qualifiziert sei. Auch die Geschäftsleute haben sich im allgemeinen dieser Ansicht angeschlossen. Wir haben zudem das Beispiel Platos, dessen Überzeugung es war, dass ein Philosoph der beste König wäre, obwohl seine eigene Erfahrung als Berater des Tyrannen von Syrakus dies nicht bestätigte. (Tocqueville leistete als Philosoph auch Besseres denn als Aussenminister.) Gehört hierher nicht auch der Glaube einiger Wissenschaftler der späten vierziger Jahre, dass Wissenschaftler besonders dazu geeignet seien, die Probleme der Politik zu lösen?

Dabei ist es gerade die Vorstellung vom Problemlösen in der Politik, welche den Hinweis gibt, wie unterschiedlich Politik und Wissenschaft sind. Denn das Ziel der Beschäftigung mit den meisten grossen Problemen der Politik kann nur sein, mit diesen zu leben und sie unter Kontrolle zu halten, bis sie mit der Zeit und im Laufe der Entwicklung sich verändert oder von selbst gelöst haben. In den seltensten Fällen kann man sich hinsetzen und ein politisches Problem wie eine Aufgabe der Euklidischen Geometrie lösen. Die von den Wissenschaftlern empfohlenen Lösungen zu Problemen im Zusammenhang mit der Atombombe waren typischerweise säuberlich abgegrenzte, zur sofortigen Ausführung bestimmte Vorschläge.

Ich nenne einen der grössten Wissenschaftler und humansten Menschen, wenn ich hier Niels Bohr erwähne. Im Jahre 1944 schloss er sich einer Kampagne an, welche forderte, dass die Vereinigten Staaten und Grossbritannien eine universale Übereinkunft zwischen allen Ländern der Welt herbeiführen sollten, wonach sich diese in vollständig offene Gesellschaften verwandeln sollten. Sie sollten zu Gesellschaften werden, die für die gegenseitige Kontrolle offener sein sollten, als es die Vereinigten Staaten, Grossbritannien oder irgend ein anderes souveränes Land je gewesen waren. In einem Memorandum an Präsident Franklin D. Roosevelt sagte Niels Bohr, dass gemäss seinem Vorschlag «nicht nur der universelle Zugang zur gesamten Information über die wissenschaftlichen Entdeckungen notwendig wäre, sondern dass jedes grössere Unternehmen im technischen Sektor, auf industriellem und militärischem Gebiet der internationalen Kontrolle geöffnet werden sollte.» Man kann daran zweifeln, ob das liberalste Land der Welt dazu hätte gebracht werden können, eine solche Offenheit zu akzeptieren. Man möge sich alsdann Russland vorstellen, das während tausend Jahren aus einer geheimen und konspirativen Gesellschaft bestanden hatte, belagert während tausend Jahren und in einem Zustande des dauernden, tödlichen Konflikts mit den meisten Gesellschaften der Welt, welches sich in den vierziger Jahren in einem Kampf auf Leben und Tod sogar mit

jenen befand, welche im Augenblick auf technischer Ebene seine Alliierten waren. Man möge sich vorstellen, wie eine solche Gesellschaft sich weit öffnen, sich in allen Teilen nackt den Augen der übrigen Welt preisgeben, ihre industriellen und militärischen Einrichtungen einer Kontrolle von aussen öffnen sollte (wenn auch, wie es scheint, Bohr den Ausdruck «Kontrolle» im Sinne von «Inspektion» verwendete) – und all dies durch eine Berührung mit dem Kommandostab Stalins! Ist es nicht offensichtlich, dass der ganze Staat, über den Stalin regierte, dessen Gründung selbst auf einer tausendjährigen Tradition der geheimsten Verschwörung beruhte, ganz einfach dem Chaos verfallen wäre, wenn er sich auch nur um ein geringes Mass geöffnet hätte? Stalin war kaum der Mann, den man hätte überzeugen können, im Dienste des freiheitlichen Idealismus politischen Selbstmord zu begehen, was ebenso physischen Selbstmord bedeutet hätte.

Am Ende des peinlichen Interviews mit Premierminister Churchill im Mai 1944 fragte Bohr, ob er ihm über den fraglichen Vorschlag ein Memorandum senden dürfe. Churchill antwortete, dass er sich immer geehrt fühlen werde, einen Brief von einem so hervorragenden Forscher zu erhalten, dass er jedoch hoffe, es würde sich darin nicht um Politik handeln. Churchill wurde wegen der darin zum Ausdruck gebrachten Gesinnung denunziert. Ich bin jedoch der Ansicht, dass er sich nur eine Taktlosigkeit hat zuschulden kommen lassen. In einem parallel geführten Interview mit Präsident Roosevelt liess dieser Bohr im Glauben, dass er mit seinem Vorschlag vollständig einverstanden wäre, kam aber nie mehr darauf zurück.

Die Sofortlösung, für welche andere Wissenschaftler eintraten, war die Einsetzung einer Weltregierung und die gleichzeitige Preisgabe der Souveränität aller Nationen der Welt. In der Sprache der Wissenschaft informierten sie das Laienpublikum, dass die einzige Alternative dazu die Auslöschung der Menschheit wäre. Noch andere Wissenschaftler informierten uns, dass die einzige Rettung aus der drohenden Vernichtung die sofortige Abschaffung aller Kernwaffen wäre. Ähnlich wie Bohrs Vorschlag waren diese beiden Lösungsvorschläge politisch unmöglich, und das, was die Wissenschaftler als die einzige Alternative darstellten, konnte keinesfalls als solche aufgefasst werden. Heute ist es für uns einfacher zu sehen, dass realpolitisch die Frage nicht die war, das Problem der Bombe zu *lösen*, sondern vielmehr damit zu leben.

Das Beispiel der Wissenschaftler in den vierziger Jahren lässt dasjenige der Intellektuellen der dreissiger Jahre deutlicher werden. Es macht auch klar, dass, wenn die grossen politischen Auseinandersetzungen tatsächlich solche von Gut und Böse sind, die Erleuchtung der Intellektuellen im allgemeinen und der Studenten im besonderen nicht genügt, um zu unterscheiden, welche Seite die richtige ist.

«Condition humaine»: Von zwei Übeln das kleinere wählen

Die Frage bleibt offen, ob die grossen politischen Auseinandersetzungen tatsächlich solche von Gut und Böse sind; selbst die Besten unter uns versagen erwiesenermassen, wenn es sich darum handelt, die Unterscheidung in konkreten Fällen vorzunehmen. Ich selbst zweifle nicht daran, dass es Kriterien für «recht und unrecht», «moralisch und unmoralisch» gibt, welche sich auf politisches Verhalten gültig anwenden lassen, und zwar auch in internationalen Beziehungen. Zudem werden die Kriterien, die ich mir vorstelle, allgemein akzeptiert, so dass diejenigen, die in der Regierung die Beschlüsse fassen, sich von ihnen leiten lassen könnten. So wie die Politik heute geführt wird, kommt es jedoch immer wieder vor, dass man nicht ein generell akzeptiertes moralisches Prinzip befolgen kann, ohne dabei ein anderes zu verletzen.

Das erste Beispiel schildert das Dilemma, dem ich ausgesetzt war, als ich in den späten vierziger Jahren im Staatsdepartement mit der Gestaltung unserer Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten in Berührung kam. Wir waren einer dauernden, von moralischer Entrüstung begleiteten Beschimpfung durch die Intellektuellen ausgesetzt, welche der Ansicht waren, es sei böse von uns, mit jenen lateinamerikanischen Régimes etwas zu tun zu haben, welche zu einer Klasse von «Diktaturen und verwerflichen Regierungen» gehörten. (Das Konzept war eben jenes von zweierlei Regierungen: den guten und den schlechten, nicht von solchen, die ein unterschiedliches Mass von Verwerflichkeit und Respektabilität aufweisen.) Unseren Kritikern zufolge war es unsere Sache, dafür zu sorgen, dass diese Régimes durch Regierungen auf Grundlage der repräsentativen Demokratien ersetzt würden. Gleichzeitig wurde das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten so viel kleinerer und schwächerer Länder mit gleichem moralischem Eifer aufrechterhalten. So konnten wir natürlich keines der geltenden Prinzipien befolgen, ohne das andere zu verletzen. Wenn beide Prinzipien gelten, dann sahen wir uns einem moralischen Dilemma gegenübergestellt, das wörtlich darin bestand, zwischen zwei Übeln zu wählen.

Ein anderes Beispiel: Für den massgeblichen Teil der jüngeren Generation der Mitte der dreissiger Jahre in Grossbritannien und Amerika war die Vermeidung des Krieges ein moralisches Prinzip, das mit leidenschaftlicher Überzeugung vertreten wurde. Hunderte und Tausende von Studenten leisteten 1935 und 1936 den Oxforder Friedenseid, wonach sie niemals für ihr Land kämpfen würden. Dieses Prinzip war jedoch unvereinbar mit einem anderen moralischen Prinzip, gemäss welchem Hitlers expandierendes Imperium eingedämmt werden sollte. Die Vorherrschaft des erstgenann-

ten moralischen Prinzips in der Vorstellung der Jungen trug wesentlich dazu bei, dass jene militärischen Vorbereitungen und Aktionen unterblieben, welche Hitler das Handwerk gelegt und ohne Blutvergiessen seinen Sturz herbeigeführt hätten. Diese Massnahmen hätten erfolgen sollen, als er 1936 das Rheinland besetzte oder als er 1938 in Österreich einmarschierte. Der selbstgerechte Pazifismus, welcher unter den Universitätsstudenten so verbreitet war, trug deshalb zur Verzögerung des Kampfes gegen Hitler bei, welcher dann nur noch mit immensem menschlichem Leiden und Blutvergiessen und einem völligen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Strukturen möglich war. Bis 1939 hatten die Studenten dann ihr früheres moralisches Prinzip und den damit verbundenen Eid vergessen und wurden nun von der moralischen Forderung erfasst, die auch von ihnen verlangte, im Kampf gegen Hitler ihr Leben einzusetzen.

Dies sind keine Einzelfälle, wohl aber typische Beispiele. Und sie sind insofern mehr als nur typisch, als sie das Wesen der «condition humaine», die Tragik des menschlichen Lebens illustrieren. Sie stellen den fundamentalen Unterschied dar zwischen der idealen Welt unserer Vorstellung und der bestehenden Welt, in welcher wir jene verwirklichen wollen. Ich bin zu sagen versucht, dass alle grösseren Entschlüsse, die Regierungen zu fassen haben, sich in Wirklichkeit nicht als Wahlmöglichkeit zwischen dem eindeutig Guten und dem eindeutig Bösen präsentieren. Vielmehr bieten sie sich nur als Wahl zwischen zweierlei Übeln dar, wobei bestenfalls erwartet werden kann, dass die Wahl auf das geringere Übel fallen möge – ein Übel aber bleibt es. Auch ist es ebenso ehrenwerten wie gewissenhaften Männern nicht immer möglich, zu unterscheiden, auf welche der Alternativen dieses Kriterium des geringeren Übels zutrifft.

Geschäftsleute und Atomphysiker

Ich bedaure, dass das, was ich jetzt sagen werde, möglicherweise einige Leser verletzen wird, aber es muss trotzdem gesagt werden. Jene, welche wir zu den Intellektuellen zählen, die Mitglieder der akademischen Vereinigungen nicht ausgeschlossen, sind ganz besonders empfänglich für die grossen ideologischen Abstraktionen, gemäss denen politische Auseinandersetzungen immer solche von Gut und Böse sind. Obwohl wir alle gleichermaßen darunter leiden, in zwei unvereinbaren Welten zugleich zu leben, nämlich in der idealen Welt der Vorstellung und in der Welt der Wirklichkeit, so sind es doch die Intellektuellen, die sich hauptsächlich mit der geistigen Welt auseinandersetzen. Mehr als die widerspenstige existierende Welt ist die geistige für sie die eigentliche Welt. Wenn Niels Bohr einen

solchen Vorschlag unterbreitete wie den, dass alle Gesellschaften der Welt sich weit öffnen sollten, so beweist dies, dass er mit der Wirklichkeit weniger vertraut war als mit der logischen Welt der Vorstellung. Das hat sich aus seinem Beruf so ergeben. Das gleiche gilt für die Intellektuellen, für welche die existierende Welt nicht mit Wesen aus Fleisch und Blut wie sie selbst besiedelt ist, sondern eingeteilt in Abstraktionen wie «Friedliebende» und «Kommunisten», oder «Proletarier» und «Kapitalisten-Imperialisten».

Ich glaube nicht, dass amerikanische Geschäftsleute weniger naiv sind als die meisten Intellektuellen, aber sie sind es auf eine andere Art und Weise. Auf geistig-intellektuellem Gebiet können sie von extremer Naivität sein, und keine andere Gruppe von Menschen verfällt unter bestimmten Umständen mehr dem Manichäismus als sie. (Es waren grösstenteils amerikanische Geschäftsleute, die sich in hohem Mass mit dem McCarthyismus identifizierten, als dieser auf seinem Höhepunkt war.) Aber in einer wesentlichen Beziehung haben sie ein Verständnis, das den Intellektuellen gewöhnlich abgeht. Sie sind es aus ihrem beruflichen Leben gewohnt, dass die meisten Probleme der wirklichen Welt, mit der sie zu tun haben, eher Dilemmas sind als Auseinandersetzungen zwischen absoluten Positionen des Guten und des Bösen. Auf diese Weise erkläre ich mir auch die Erfahrung, die nicht nur ich gemacht habe, wie viel leichter es für einen aussenpolitischen Beamten ist (oder einen, der seine Erfahrungen im Ausenministerium gesammelt hat), die Probleme der internationalen Beziehungen einer aus Geschäftsleuten bestehenden Zuhörerschaft vorzutragen als einem intellektuellen Auditorium.

Der Unterschied in der Zuhörerschaft ist für mich eine lebendige Tatsache der Erfahrung. Wenn ich die amerikanische Verwicklung in Vietnam Geschäftsleuten gegenüber als ein tragisches Dilemma schildere, dann kann ich mit Sicherheit auf ihr Verständnis zählen, aber ich kann mit ebensolcher Sicherheit damit rechnen, dass, wenn ich es in den gleichen Ausdrücken einem Auditorium von Intellektuellen schildere, ich eine Welle zorniger Entrüstung hervorrufe.

George Kennan schildert eine ähnliche Erfahrung in seinem Bericht über eine Vortragsreise in den USA im Jahre 1946: «In ihrer Bereitschaft und Fähigkeit zu verstehen, worüber ich sprach, waren die Zuhörerschaften recht unterschiedlich. Die besten waren jene Männergruppen aus der Geschäftswelt: skeptisch, kritisch, aber hartköpfig, nachdenklich, in der Art des dialektischen Vorgehens geschult, welches einem ermöglicht, einem Konkurrenten gegenüberzutreten, ohne es für nötig oder wünschenswert zu halten, ihn zu vernichten, und deshalb fähig zu verstehen, dass der sowjetisch-amerikanische Antagonismus zwar ernsthaft ist, jedoch nicht zu einem

Krieg führen müsste. Die schwierigsten waren die Akademiker: nicht dass sie feindlich gewesen wären, aber einfach unvorbereitet und durcheinandergebracht von dem, was ich sagte.» – In einem Reisebericht schrieb er über die Atomforscher, zu welchen er in Berkeley gesprochen hatte, sie hätten «den unerschütterlichen Glauben, dass, wenn sie nur einige Sowjetwissenschaftler durch das Knopfloch schleusen und sie über die Natur der Atomwaffen belehren könnten, alles gut wäre. Ich glaube nicht, dass es ihnen jemals einfiel, dass ein Einsatz der schrecklichen Zerstörungskraft der Atomenergie die Russen weniger zur internationalen Zusammenarbeit gebracht als vielmehr in ihnen den Wunsch geweckt hätte, sie ohne Gefahr für sich selbst einzusetzen. Politisch sind diese Menschen so naiv wie sechsjährige Kinder».

Ins Pflichtenheft der Intellektuellen: Geistige Sorgfalt

Wenn es zutrifft, dass die grossen politischen Auseinandersetzungen nicht einfach solche von Gut und Böse sind und dass ebenso ehrenhafte wie intelligente Menschen verschiedener Auffassung darüber sein können, so folgt daraus, dass die Intellektuellen sie in einem anderen Geist als in dem durch die Doktrin des Engagements vertretenen angehen sollten. Denn es ist nicht selbstverständlich, auf welcher Seite sie sich engagieren sollen. In jeder einzelnen Auseinandersetzung, in der sie sich als Bürger verpflichtet fühlen, Stellung zu beziehen, sollten sie zuerst so genau wie möglich alle Tatsachen erforschen; sie sollten die Argumente beider Seiten anhören, das Pro und Contra abwägen, und erst nachher sollten sie Stellung beziehen. Auf der Ebene staatlicher Politik tätige Menschen haben dies schon immer befolgt. Als Beispiele führe ich «The Federalist Paper» von Alexander Hamilton, John Jay und James Madison an, ferner Lincolns öffentliche Äusserungen zu heissen Themen wie der Sklaverei. Wenn Politiker ihren Geist auf diese Weise üben, warum sollten dies nicht auch Studenten und Intellektuelle tun? Es ist ganz einfach kindisch zu glauben, dass man über Fragen nicht nachzudenken braucht, weil man die Antwort schon weiss.

Man wird mir entgegenhalten, dass meine Forderung richtig ist für normale Zeiten, in denen die Regierung verantwortlich handelt und die Grundsätze und den Schutz der Interessen der Bevölkerung einhält, ihre Befugnisse nicht überschreitet und ihre Macht nicht missbraucht. Ich bin zwar kein Bewunderer des gegenwärtigen und jüngst vergangenen Regierungsstils in Washington, und ich bin der Auffassung, dass die Last, die die Verantwortlichen durch aussergewöhnliche Autoritätsüberschreitung auf sich nehmen, falsch ist – wenn auch nur in der Qualifikation «aussergewöhnlich».

Sie erfolgt in Missachtung der Geschichte. Sie beruht eher auf polemischer Aufregung als auf vernünftiger Beurteilung.

Ich greife hier zum bekanntesten Beispiel des Machtmissbrauchs der jüngsten Geschichte. Die letzten US-Präsidenten haben durch Ausübung ihrer Macht als Oberkommandierende der bewaffneten Streitkräfte das verfassungsmässige Vorrecht des Kongresses missachtet, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Sie haben uns dadurch in einen Krieg verwickelt, ohne je die Ermächtigung dazu vom Kongress erhalten zu haben. – Ist dies im Hinblick auf die historischen Zusammenhänge wirklich aussergewöhnlich?

Erstes Gegenbeispiel: Im Jahre 1941 setzte Präsident Roosevelt unsere Marine im Kampf gegen die deutschen Unterseeboote ein, bevor vom Kongress eine Kriegserklärung abgegeben worden war. Wie die meisten der in diesem Aufsatz erwähnten Intellektuellen habe ich mich hierüber nie aufgehalten, weil es mir ein guter und sogar nützlicher Entscheid schien.

Zweites Gegenbeispiel: In den Nächten auf den 25. und 26. Juni 1950 befahl Präsident Truman den amerikanischen Truppen, in Südkorea einzumarschieren und gegen die Nordkoreaner zu kämpfen, die es überfallen hatten. Er ordnete den Einsatz an, bevor dieser von den Vereinten Nationen gutgeheissen worden war, und führte uns in einen Krieg ohne Bewilligung des Kongresses. Wie die meisten von mir erwähnten Intellektuellen hielt ich diese Handlungsweise für richtig, weil sie mir für die Hoffnung auf die Zukunft wesentlich schien. Wenn ich nun unsere Verwicklung in Vietnam als ein tragisches Missgeschick betrachte, kann ich mich jedoch nicht davon überzeugen, dass dies die Folge einer aussergewöhnlichen Machtüberschreitung der Präsidenten Kennedy, Johnson und Nixon war.

Hier kommt das strenge, unausweichliche Prinzip zur Anwendung, dass die Macht, das Richtige zu tun, gezwungenermassen auch die Macht einschliesst, das Falsche zu tun. Ich möchte dem Präsidentenamt nicht die Macht entziehen, welche es Präsident Truman ermöglichte, das zu tun, was er im Juni 1950 tat, obwohl dies anderen Präsidenten seither ermöglicht hat, uns in einen Krieg zu verwickeln, in den – wie heute jedermann sieht – wir uns nicht hätten einlassen sollen. Wenn es auch tatsächlich Fälle aussergewöhnlicher Machtüberschreitung gibt, bei denen alle Menschen aufgerufen werden, den üblichen Weg der Diskussion und Debatte aufzugeben und zu demonstrieren, zu schreien oder eine Rebellion zu organisieren, so bin ich doch der Ansicht, dass solche Umstände in den USA heute nicht bestehen.

Eine verfehlte Staatsführung ist eine Frage des Ausmasses, und je stärker das Ausmass, desto eher sind aussergewöhnliche Massnahmen der Opposition gerechtfertigt. Wenn ich meine Phantasie strapaziere, um eine Situation zu schildern, die in das Gebiet der Science Fiction gehört, könnte ich mir

eine solche vorstellen, wo ich einen Mord für gerechtfertigt hielte. Ein wahnsinniger Mörder hätte sozusagen seinen Finger auf dem Abzug unserer Atomwaffen («sozusagen», weil es einen solchen Abzug ja nicht gibt). In vielen Fällen, wo die politische Opposition verboten ist oder durch Regierungsterror erstickt wird, würde ich das Recht zur Auflehnung mit allen normalerweise mit dem Verhalten der Rebellion verbundenen Mitteln guthessen. (Ich sage in «vielen» Fällen aus zwei Gründen. Der eine besteht darin, dass die meisten Gesellschaften so primitiv sind, dass jene, welche unter ihnen leben, bestenfalls die Alternativwahl eines ebenfalls unterdrückenden Régimes haben, in welchem Fall die Rebellion gegen ein Régime, das die Opposition unterdrückt und Terror ausübt, zumindest nutzlos ist. Der andere Grund ist der, dass die Legitimität eines politischen Régimes im Rahmen einer kulturellen Tradition, die von meiner eigenen absolut verschieden ist, wie jene Chinas, nicht auf den Werten der atlantischen Kultur beruht; und ich wage nicht zu sagen, was in einem derartigen Fall die Rebellion rechtfertigen würde.) Im gesamten wäre meine Toleranzschwelle für aussergewöhnliche Massnahmen der Opposition höher als jene der typischen Militanten.

Dies hat seinen Grund in meiner pessimistischen Beurteilung der Regierungen. Mich beeindruckt die Schwierigkeiten derart, irgend etwas zu erreichen, was auch nur eine annähernd perfekte Regierung darstellt, dass ich nur schon die Existenz einer rechtmässigen, funktionstüchtigen Regierung so betrachte wie einen Hund, der auf den Hinterbeinen geht: bemerkenswert ist nicht, dass er es *gut* kann, sondern dass er es überhaupt *kann*. Betrachte ich die Kunst des Regierens unter dieser Perspektive, so bin ich geneigt, mich mit einer mittelmässigen Regierung zu arrangieren, um so mehr als ich weiss, dass alles viel schlimmer sein könnte, da ich ja auch unter Diktaturen gelebt habe. Jene, welche den Sturz der Weimarer Regierung zu Beginn der dreissiger Jahre herbeiführten, bekamen dies am eigenen Leib zu spüren.

Ich sagte, dass meine Toleranzschwelle höher wäre als jene der typischen Militanten. Das soll an einem Beispiel erläutert werden. Ich schätze die Pflicht eines Regierungsbeamten, das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen, so hoch ein, dass ich es nur in den extremsten Fällen für gerechtfertigt hielte, dass er vertrauliche Informationen, die ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit anvertraut wurden, veröffentlicht. Ich bin nicht der Ansicht, dass ein so extremer Fall vorlag, der es gerechtfertigt hätte, dass Dr. Daniel Ellsberg die Pentagon-Papiere veröffentlichte. Ich denke auch nicht, dass die Zeitungen, die ihn in seinem Vorhaben unterstützten, als unparteiische Richter zu betrachten sind. Dr. Ellsberg mag zwar recht gehabt haben in seiner persönlichen Meinung, dass die Unterlagen nicht als vertraulich hätten klassifiziert werden sollen. Es schiene mir jedoch dem

Regierungsgeschäft abträglich, wenn es üblich würde, dass jeder Beamte selbst entscheidet, ob das ihm geschenkte Vertrauen respektiert werden solle oder nicht – besonders in Fällen, wo er erwarten konnte, dass der Vertrauensmissbrauch ihn zu einem Helden der Öffentlichkeit machen würde. Während der McCarthy-Ära sah ich in Washington selbst, wie manche Regierungsbeamte vorsichtigerweise davon absahen, offen und ehrlich Bericht abzugeben oder dem Staatssekretär oder dem Präsidenten ehrlichen Rat zu geben, weil sie berechtigten Zweifel daran hatten, ob der private Charakter ihrer Mitteilung gewahrt bleibe. Die Regierungsbeamten haben auch heute wieder berechtigten Grund zu zweifeln.

Ferner sollte jeder, der in einem Aussenministerium gearbeitet hat, wissen, wie lebenswichtig für befreundete Regierungen das Gefühl ist, dass sie, wenn nötig, die Regierung im Vertrauen ansprechen können mit der Gewissheit, dass die Vertraulichkeit gewahrt wird. Wäre ich heute zum Beispiel ein britischer Diplomat, so hätte ich in dieser Beziehung keine absolute Sicherheit, und dies würde natürlich die Zusammenarbeit und die Verständigung zwischen meiner Regierung und der amerikanischen erschweren.

Demonstration und Nachdenklichkeit

Hier kann ich endlich meine Ansichten zusammenfassen. Ich hielte es nicht für wünschenswert, für alle Menschen ein und denselben Massstab politischer Betätigung festzusetzen. Dem individuellen Unterschied in Begabung und Fähigkeit, der das Leben bereichert und lebenswert macht, sollte Geltung verschafft werden. Wenn ein Mensch von Natur aus nicht ein Beobachter und Philosoph ist, sondern ein Mensch der Tat, dann soll er sich entsprechend verhalten dürfen. Er soll Demonstrationen organisieren und die Massen für seine Ideen gewinnen dürfen. Er soll Kampagnen durchführen und Stimmen gewinnen. Bei der Ausübung einer solchen Karriere möchte ich ihn nur ersuchen, so viel Verantwortungsgefühl zu entwickeln, als es ihm möglich ist, und die Grenzen zu respektieren.

Rahel Carson war in ihrer tiefsinnigen Kampagne gegen die Pestizide, welche die Umwelt zerstörten, effizienter, als wenn sie mit gedankenlosen Lästerungen durch die Strassen gezogen wäre und Scheiben eingeschlagen hätte; aber ihr Beitrag gehörte zu jenen Seltenheiten der gleichen Klasse, wie sie vom «Federalist» hervorgebracht werden.

Andererseits sollten jene, welche zu Beobachtung und Nachdenken neigen und den Dingen gerne auf den Grund gehen, frei sein, ihrer Neigung zu folgen. Sie sollten nicht denunziert werden, weil sie sich weigern, auf die Strasse zu gehen und Slogans auszurufen, oder weil sie sich von der Polemik

fernhalten. Es fehlt uns heute nicht an Leuten, die schreien und polemisieren, sondern an Menschen, die sich von den vorübergehenden Moden und intellektuellen Leidenschaften fernhalten, die über dem Tageskampf stehen, unabhängig und selbständig denken können, einen weiten Ausblick haben und in Ruhe die mühsame Arbeit der Kultur fortsetzen. Dies war traditions-gemäss die Rolle der Studenten.

Wenn jemand wie J. P. Sartre uns auffordert, uns zu engagieren, so verlangt er von uns, dass wir das Denken zugunsten des Handelns aufgeben. Wir sollen so gedankenlos werden wie der Mob auf der Strasse. Wenn Picasso seine Staffelei verlässt, um auf die Strasse zu gehen und für eine Sache zu demonstrieren (ganz egal, was für eine Sache), so verlässt er den Lebensbereich, in dem er ausschliesslich schöpferisch ist, zugunsten einer Karriere, wo er nichts Besseres zu bieten hat als irgendein anderes Mitglied des Mob. Das gleiche gilt für Bertrand Russell und andere Wissenschaftler, welche während Jahren in den Seiten des «Bulletin of the Atomic Scientist» die Öffentlichkeit angesprochen haben. Die Sprache der Polemik ist eine Sache und jene des Denkens eine andere; aber die künftige Kultur hängt weit mehr von der Sprache des Denkens ab, welche die schwierigere der beiden ist und die weitaus seltenere. Ich habe alle Achtung vor jenen wenigen Individuen, welche inmitten des Aufruhrs und Geschreis Inseln der Ruhe um sich herum schaffen konnten, wo sie ihre Arbeit an der Kultur fortsetzten. Da ich dies schon in früheren Publikationen festgehalten habe, zitiere ich daraus einige Stellen im Sinne eines passenden Abschlusses dieser Studie.

Die wahren Träger der Kultur, so scheint es mir, halten sich wohl eher aus dem allgemeinen politischen Tumult heraus. Nehmen wir als Beispiel Goethe. Am 10. Oktober 1806 begannen 200000 Mann starke französische Truppen unter Napoleon und 127000 Mann starke preussische und sächsische Truppen unter Hohenlohe, sich um Weimar herum zu versammeln – wo Goethe sich gemäss seinen Tagebucheintragungen mit osteologischen Studien und Mineraliensammlungen beschäftigte –, um sich für die Schlacht von Jena vorzubereiten, die am 14. Oktober stattfinden sollte. In seiner Eintragung vom 14. erwähnte er, dass um fünf Uhr nachmittags «Kanonenkugeln durch die Dächer flogen», aber man bekommt den Eindruck, dass die Auseinandersetzung, welche den Schusswechsel verursachte – was immer sie war –, nichts mit ihm zu tun hatte.

Während des ganzen Ersten Weltkrieges war Teilhard de Chardin Ambulanzträger in den Frontgräben (wo er viermal wegen seiner Tapferkeit ausgezeichnet wurde). Die Briefe, die er unter diesen Umständen seiner Kusine, Marguerite Teilhard, schrieb, hätten grösstenteils vom sprichwörtlichen Elfenbeinturm aus geschrieben sein können, wenn nicht die gelegentlichen Hinweise auf die um ihn her einfallenden Granaten wären. Wenn über-

haupt, so scheint er von ihnen noch weniger bewegt gewesen zu sein als Goethe von den durch die Dächer fliegenden Kanonenkugeln. Was ihn damals wirklich beschäftigte, war das Problem der Vereinbarkeit von Materie und Geist, waren die Ergebnisse der Physik und deren Vereinbarkeit mit den Lehrsätzen der Theologie. Während seiner in den Gräben verbrachten Jahre schrieb er eine Serie von Essays, die in Ansätzen die Vision des menschlichen Schicksals vorwegnahmen, welche mehr als vierzig Jahre später in «Le phénomène humain» dargelegt werden sollte.

Der Zweite Weltkrieg bietet ein ähnliches Beispiel. Im Juni 1940, als Hitlers Wehrmacht in Paris eindrang, war Wanda Landowska damit beschäftigt, eine Serie von Cembalo-Sonaten von Domenico Scarlatti in ihrem Heim in St-Leu-la-Forêt, welches sich ausserhalb von Paris auf der Marschroute des Blitzkrieges befand, auf Schallplatten aufzunehmen. Obwohl sie Jüdin war und deshalb für die Nazis eine gesuchte Beute, bot sie jenen, die sie aufforderten, mit ihnen zu fliehen, ein taubes Ohr. Sie beendete die noch übrigbleibenden zwanzig Sonaten, und nach vollendeter Arbeit ergriff sie die Flucht, die Nazihorden auf den Fersen. – Im Album 2 dieser Aufzeichnungen, welche kürzlich neu aufgelegt wurden, wird der Klang des Cembalos mitten in der D-dur-Sonate für einige Augenblicke von einem heftigen Dröhnen übertönt. Die meisten Zuhörer werden sich ärgern über den angeblichen Defekt in der Platte. Es ist kein Defekt. Das Dröhnen stammt von einer Flabartillerie. Madame Landowska schien selbst die Störung nicht bemerkt zu haben. Die Heiterkeit der Sonate in ihrer Interpretation und das Tempo haben durch den Vorfall keinerlei Einbusse erlitten.

In einer kürzlich erschienenen Geschichte von David Stacton berichtet er über eine Sammlung von Statuen, welche während der Nazizeit von einem deutschen Bildhauer namens Georg Kolbe geschaffen wurden. «Ich erinnere mich, dass die meisten dieser Statuen für ein Denkmal geplant waren, das nie errichtet wurde und dessen Bestimmung niemand genau kannte. Kolbe war ohne Zweifel nordischer Gemütsart, aber nicht besonders kooperativ, und mit Hilfe der Entschuldigung dieses nie beendeten Denkmals gelang es ihm, das Nazirégime zu täuschen, bis dieses am Ende angelangt war, nicht aber das Denkmal. Diese Art Klugheit bewundere ich, die Klugheit von Menschen, die ihrer eigenen Arbeit nachgehen und die für sie wichtigen Dinge zuerst erledigen.»

Ich bewundere sie auch und bin mit der Ansicht über die wichtigen Dinge einverstanden. Goethe, Teilhard, Landowska und Kolbe waren die Kulturträger. Sie erfüllten das Versprechen der Zivilisation. Indem sie das Engagement verweigerten, besiegten sie Napoleon, Wilhelm II. und Hitler.

Anmerkung des Autors: *This paper was written under the auspices of the California Arms Control and Foreign Policy Seminar.*